



Neuwahlen in Israel: Netanyahu, Livni oder Barak - wer wird neuer israelischer Ministerpräsident?

von Dr. Ralf Hexel, FES Israel

- Ausgelöst durch den Rücktritt Ehud Olmerts als Ministerpräsident und das Scheitern Tzipi Livnis beim Versuch, eine neue Regierung zu bilden, finden am 10. Februar 2009 in Israel vorgezogene Parlamentswahlen statt.
- Umfragen sagen einen deutlichen Rechtsruck und einen Wahlsieg des Likud unter Benjamin Netanyahu voraus.
- Das wahrscheinlichste Szenario für die neue Regierung ist eine Likud-Kadima Koalition unter Einbeziehung einer weiteren Partei.
- Der Arbeitspartei unter Ehud Barak wird der Verlust von mehr als 50% ihrer Knesset-Mandate und damit eine dramatische Wahlniederlage prognostiziert.
- Eine vom Likud geführte neue Regierung würde die Gespräche mit den Palästinensern in ihrer jetzigen Form nicht fortführen und im Friedensprozess nur begrenzt zu Konzessionen bereit sein.
- Mit Barack Obama als neuem US-Präsidenten wird sich das Koordinatensystem internationaler Politik verändern mit erheblichen Auswirkungen auf den Friedensprozess im Nahen Osten.

In Israel hat Politik eine ganz eigene Dynamik und Intensität. Die Gründung neuer und das Verschwinden bestehender Parteien erfolgt – verglichen mit den eher gemächlichen mitteleuropäischen Verhältnissen – mit einem beeindruckenden Tempo. Der Wechsel von Parteimitgliedschaften auch prominenter Politiker ist dabei nichts Ungewöhnliches. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass dieser Befund in Zeiten bevorstehender Wahlen besondere Gültigkeit hat, denn Israel bereitet sich auf vorgezogene Neuwahlen vor, die am 10. Februar 2009 stattfinden werden. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch den Rücktritt Ehud Olmerts von seinem Amt als Ministerpräsident im September und das Scheitern der daraufhin mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragten Außenministerin Tzipi Livni. Israel wird nun bis zu den Wahlen von einer Regierung geführt, die praktisch handlungsunfähig ist. Keine gute Situation angesichts der großen Probleme der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der mit dem Friedensprozess verbundenen Heraus-

forderungen. Gerade jetzt ist entschiedenes politisches Handeln und Führungsstärke wichtig. Parallel dazu hat Barack Obama die Präsidentschaftswahlen in den USA gewonnen, wodurch sich sehr wahrscheinlich das gesamte Koordinatensystem internationaler Politik verändern wird, mit erheblichen Auswirkungen auch auf den Nahen und Mittleren Osten.

Das Ende Olmerts und der Aufstieg Tzipi Livnis

Nach genau 33 Monaten als Israels Ministerpräsident trat Ehud Olmert am 21. September 2008 im Gefolge massiver Korruptionsvorwürfe und anhaltender Ermittlungen von seinem Amt zurück. Bereits am Tag darauf erhielt die Außenministerin und frischgewählte Kadima-Vorsitzende Tzipi Livni den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden. In parteiinternen Wahlen hatten sie sich wenige Tage zuvor mit der hauchdünnen Mehrheit von nur 431 Stimmen gegen ihren Hauptkonkurrenten Shaul Mofaz,

Transportminister und früherer Generalstabschef, durchgesetzt und Ehud Olmert als Parteivorsitzenden abgelöst. Das Gesetz sieht für die Regierungsbildung 42 Tage vor. Im Falle des Nichtzustandekommens einer neuen Regierung müssen nach spätestens 90 weiteren Tagen vorgezogene Neuwahlen durchgeführt werden. Bis zur Einsetzung einer neuen Regierung bleibt Olmert jedoch als geschäftsführender Ministerpräsident im Amt.

Ehud Olmerts Amtszeit war weniger von politischen Erfolgen dafür aber von Skandalen geprägt. Er war im Gefolge des plötzlichen Ausscheidens Ariel Scharons aus der Politik im Januar 2006 und den zwei Monate später folgenden Neuwahlen neuer Ministerpräsident geworden. Der im Juli 2006 unter seiner Führung begonnene Libanonkrieg endete mit einer strategischen Schwächung Israels. Weder konnten die von der schiitischen Hizbullah-Miliz entführten israelischen Soldaten Regev und Goldwasser befreit werden, noch gelang es, den wachsenden Einfluss der Hizbullah zu stoppen. Auch die nach seinem Wahlsieg proklamierten Ziele verfehlte Olmert. Er wollte die Grenzen Israels festlegen und, nach dem Vorbild des einseitigen israelischen Abzugs aus Gaza, damit beginnen, auch Teile der Westbank zu räumen. Auch die Friedenskonferenz von Annapolis und die daraufhin intensivierten Gespräche mit den Palästinensern brachten keine Fortschritte. Parallel zu seiner außen- und sicherheitspolitischen Erfolglosigkeit war Olmerts Amtszeit innenpolitisch von anhaltenden Betrugs- und Korruptionsvorwürfen überschattet. Dadurch war er einerseits innenpolitisch stark geschwächt, konnte wegen fehlender Legitimität keines seiner großen Ziele durchsetzen, andererseits führte dies zu einem tiefen Vertrauensverlust der israelischen Bürger in die Politik. Der israelischen Demokratie hat Olmert zweifellos beträchtlichen Schaden zugefügt.

Nur wenige Tage nach seinem Rücktritt gab Olmert der auflagenstärksten israelischen Tageszeitung Yediot Ahronot ein Interview, das für großes Aufsehen sorgte. Er machte darin Aussagen, die in dieser Form öffentlich von noch keinem israelischen Minister-

präsidenten gemacht worden waren. Er sagte, dass Israel für einen Frieden mit den Palästinensern und Syrien das 1967 eroberte Land zurückgeben müsse und dass es, wenn man Frieden wolle, auch zu einer Teilung Jerusalems keine Alternative gäbe. Dieses Interview und seine fortgesetzten Bemühungen, vor dem endgültigen Ausscheiden aus seinem Amt noch einen Durchbruch in den Verhandlungen mit den Palästinensern und mit Syrien zu erzielen zeigen, wie sehr er sich um seinen politischen Nachlass sorgt und darum bemüht ist, seiner Amtszeit einen positiven Abschluss zu verschaffen. Kritiker werfen ihm vor, mit diesen Äußerungen zukünftige Verhandlungen erschwert zu haben und stellen ihm die Frage, warum er selbst seine Positionen nicht energischer verfolgt habe.

„Tzipi, wir kennen dich kaum“, mit diesen Worten überschrieb die Jerusalem Post ein Porträt jener Frau, die durch Olmerts politischen Abstieg zum neuen Star der israelischen Politik wurde. Als sich abzeichnete, dass sie Olmerts Nachfolgerin und damit Ministerpräsidentin werden könnte, stellte die Öffentlichkeit überrascht fest, dass nur wenig darüber bekannt war, wer sie ist, was sie denkt und welche politischen Ziele sie verfolgt. Eine Erklärung hierfür ist, dass Tzipi Livni ihre politische Karriere erst 1999 begann und dadurch erst seit wenigen Jahren zur politischen Führung des Landes gehört. Seitdem hat sie allerdings, besonders gefördert von Ariel Scharon, eine erstaunliche Karriere hingelegt. In nur sieben Jahren schaffte sie es von der einfachen Knesset-Abgeordneten zur Außenministerin. Eine andere Erklärung für ihre relativ geringe Bekanntheit und Medienpräsenz ist, dass sie nie in politische Skandale und Vetternwirtschaft verwickelt war, als unpräzise gilt und keinen Wert auf Publicity legt. Eine besondere Wendung nahm das öffentliche Interesse an ihr, als bekannt wurde, dass sie von 1980-84 für den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad gearbeitet hatte und unter anderem in Paris tätig gewesen war. Daraufhin wurden viele Spekulationen angestellt, jedoch gibt es keine Details über ihre Agententätigkeit. Sie selbst hat in einem Interview bestätigt, vier Jahre für den Mossad gearbeitet zu haben.

Geboren wurde Tzipi Livni in Tel Aviv in einem rechtsnational gesinnten Elternhaus. Ihr Vater war vor der Staatsgründung ein führendes Mitglied der Untergrundmiliz Irgun und später aktives Likud-Mitglied. Nach ihrer Tätigkeit für den Mossad studierte sie Jura und wurde Anwältin. 1999 wurde sie für den Likud in die Knesset gewählt. Zwei Jahre später berief Ariel Sharon sie zur Ministerin für regionale Zusammenarbeit, und Ende 2004 wurde sie Justizministerin. In dieser Funktion begleitete sie 2005 den israelischen Rückzug aus Gaza. Im November 2005 verließ sie zusammen mit Scharon und Olmert den rechten Likud, um die Zentrumsparterie Kadima zu gründen. Im Gefolge von Scharons Schlaganfall im Januar 2006 wurde Olmert Ministerpräsident und sie Außenministerin. Nach Golda Meir, die von 1969-1974 Israels erste Ministerpräsidentin war, ist sie die zweite Frau, die in Israel dieses Amt bekleidet.

Während des Libanon-Krieges wurde Tzipi Livni – obgleich Außenministerin – nicht in die unmittelbaren Militärplanungen einbezogen. Am Ende des Krieges führte sie die Friedensverhandlungen mit der UN. Nach der Annapolis-Konferenz im November 2007 wurde sie Chefunterhändlerin Israels für die Verhandlungen mit den Palästinensern. Am 17. September wählten die Kadima-Mitglieder sie zur ihrer neuen Vorsitzenden, und vier Tage später beauftragte Staatspräsident Shimon Peres sie mit der Bildung einer neuen Regierung.

Gescheiterte Regierungsneubildung und Neuwahlen

Es ist Tzipi Livni nicht gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Noch vor Ablauf der ihr zur Verfügung stehenden 42 Tage gab sie am 26. Oktober bekannt, dass ihre Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung gescheitert sind. Wenige Tage später verkündete Parlaments-Präsidentin Dalia Itzik den 10. Februar 2009 als Datum für vorgezogene Wahlen zur 18. Knesset.

Tzipi Livni hatte für ihre Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung zwei grundlegende Optionen zur Erlangung der erforderlichen

Mehrheit von 61 Sitzen in der Knesset. Die erste war, die bestehende Koalition aus Kadima (29 Mandate) Arbeitspartei (19), Shas (11) und der Rentnerpartei Gil (7) fortzusetzen. Für diese Variante sprach, dass in allen Umfragen seit dem Sommer im Falle von Wahlen dem Likud (12) unter Führung von Benjamin Netanyahu, derzeit in der Opposition, ein klarer Sieg prognostiziert wurde. Neuwahlen waren also nicht im Interesse der an der Regierung beteiligten Parteien. Hinzu kam, dass der Arbeitspartei in diesen Umfragen massive Stimmenverluste vorausgesagt wurden.

Die zweite Option war die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung des Likud. Das Hauptargument hierfür war, eine starke und durchsetzungsfähige Regierung zu bilden, um die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen (die nukleare Bedrohung durch den Iran, das notwendige Voranbringen des Friedensprozesses mit den Palästinensern und mit Syrien) und die mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen sozio-ökonomischen Probleme bewältigen zu können. Dieser Option erteilte Netanyahu gleich zu Beginn der Verhandlungen öffentlich eine Absage. Er lehnte die Beteiligung des Likud an einer von Livni geführten Regierung kategorisch ab und forderte Neuwahlen.

Damit war von Anfang an klar, dass es für Tzipi Livni vor allem darum gehen musste, mit der Arbeitspartei unter Ehud Barak und mit der ultra-orthodoxen Shas-Partei unter ihrem spirituellen Führer Rabbi Ovadia Joseph eine tragfähige Koalitionsvereinbarung zu erzielen. Mit der Arbeitspartei gelang ihr dies. Sie akzeptierte Baraks Forderung, ihn zum Ersten Vizepremier zu machen und räumte ihm damit eine Art Vetorecht bei der Formulierung ihrer Politik ein. Sie lehnte es aber ab, ihn zum Verhandlungsführer für den Dialog mit Syrien zu machen. Auffällig ist, dass es in dieser Vereinbarung vor allem um Fragen von Status und Zuständigkeit ging, während inhaltliche Fragen wie der Annapolis-Prozess oder die wirtschaftspolitischen Herausforderungen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Barak wurde dafür in der Öffentlichkeit heftig kritisiert. Ihm wur-

de von den Medien vorgeworfen, dass ihm persönliche Status- und Machtfragen wichtiger seien als die Lösung drängender politischer und wirtschaftlicher Probleme des Landes.

Die Verhandlungen mit Shas und ihrem Vorsitzenden, Handelsminister Eli Yishai, scheiterten dagegen, da dessen zentrale Forderungen für Livni nicht annehmbar waren. Zum einen war dies die Forderung, den Status von Jerusalem definitiv nicht zum Gegenstand der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern zu machen. Sie musste diese Forderung, eine Art politische Erpressung, ablehnen, da sie sich sonst jeder politischen Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit im Dialog mit den Palästinensern beraubt hätte. Die zweite Forderung bestand in einer Erhöhung des jährlichen Kindergelds um 1 Mrd. Schekel (ca. 240 Mio.€). Auch diese Forderung, bei der es um weit mehr als um die letztlich verhandelbare Höhe eines bestimmten Budgetpostens ging, lehnte sie ab, denn es hätte die Rücknahme einer 2003 durch den damaligen Finanzminister Netanyahu getroffenen Entscheidung bedeutet, die wichtige sozial- und gesellschaftspolitische Veränderungen eingeleitet hatte. Die besonders von Shas geforderten beträchtlichen Kindergeldzahlungen sind stets ein wichtiges Einkommen für ultraorthodoxe Familien gewesen. Diese staatlichen Zahlungen ließen ihre bereits hohe Geburtenraten weiter steigen. Zugleich förderte dies das Thora Studium der Männer, die somit nicht zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen müssen. Die im Jahr 2003 erfolgten beträchtlichen Kürzungen des Kindergeldes haben zu einem Absinken der Geburtenrate und einer Zunahme der Erwerbstätigkeit in ultraorthodoxen Familien geführt und damit auch zu einer Verringerung von Armut in dieser gesellschaftlichen Gruppe.

Netanyahu, Livni oder Barak? Der Wahlkampf hat begonnen

Seit der Bekanntgabe des Termins für die vorgezogenen Wahlen - der planmäßige Termin wäre Frühjahr 2010 - veröffentlichen die israelischen Tageszeitungen regelmäßig

Meinungsumfragen zum Wahlausgang am 10. Februar 2009. In den ersten Umfragen Ende Oktober lagen der Likud und Kadima mit jeweils 30 Sitzen noch gleichauf, gefolgt von der Arbeitspartei und Shas mit jeweils 11 Sitzen. Seitdem haben Kadima und die Arbeitspartei jedoch an Boden verloren, während der Likud und die rechten Parteien zugelegt haben. Die neuesten Umfragen weisen für die 120 Sitze der Knesset folgende Verteilung auf: Danach würde der Likud (bisher 12) mit 32 Mandaten die Wahlen gewinnen, gefolgt von Kadima (bisher 29) mit 26 Sitzen. Ihnen folgen mit deutlichem Abstand mit jeweils 11 Sitzen Shas (12) und die arabischen Parteien (10), danach mit weiterhin 9 Mandaten die rechtsnationale Israel Beitenu (11) und erst an sechster Stelle mit nur 8 Sitzen die Arbeitspartei (bisher 19). Die weitere Reihenfolge lautet: jeweils 7 Sitze für die linksbürgerliche Meretz (5) und das Vereinigte Thora-Judentum (6), 6 Sitze für das neugeschaffene Bündnis der Nationalreligiösen (9), und 3 Sitze für die Grünen, die damit erstmals in die Knesset einziehen würden. Die Rentnerpartei Gil (7) wird wahrscheinlich an der 2% Hürde scheitern und in der nächsten Knesset nicht mehr vertreten sein.

Diese Zahlen weisen deutlich darauf hin, dass der/die nächste israelische Ministerpräsident/in mit großer Wahrscheinlichkeit entweder Benjamin Netanyahu oder Tzipi Livni heißen wird. Ehud Barak kann dieses Ziel kaum noch erreichen, es sei denn, ihn und seine Arbeitspartei ereilt in den Wochen bis zur Wahl ein großes politisches Wunder.

Sollte Netanyahu die Wahlen gewinnen, wäre dies für ihn ein bemerkenswertes politisches Comeback. Ihm ist es gelungen, den Abwärtstrend des Likud nach der 2005 erfolgten Abspaltung der Sharon-Fraktion – die dann Kadima gründete – zu stoppen und die Partei zurück an ihren früheren Platz im Parteiengefüge zu führen. Als Wahlsieger stünden ihm mehrere Optionen offen. Er könnte mit den anderen rechten Parteien, allerdings nur mit einer sehr knappen Stimmenmehrheit, eine lupenreine Rechtsregierung bilden. Dies ist aber nicht wahrscheinlich, da eine solche Konstellation zu einer

starken links-rechts Polarisierung in der israelischen Gesellschaft führen würde. Eine solche Regierung hätte die Hälfte der israelischen Bürger gegen sich. Wahrscheinlicher ist, dass Netanyahu mit Kadima und einer weiteren rechten Partei, z.B. Shas oder Israel Beitenu, eine Mitte-Rechts Regierung mit einer komfortablen Mehrheit in der Knesset bilden wird. Auch eine Koalition zwischen Likud, Kadima und der Arbeitspartei ist möglich, praktisch eine Regierung der nationalen Einheit. Ein solches säkulares Regierungsbündnis wäre in der Lage, weitreichende Schritte im Friedensprozess durchzusetzen, ohne auf die religiösen Parteien Rücksicht nehmen zu müssen. Die Frage ist aber, ob es für eine dann sehr geschwächte Arbeitspartei ratsam ist, als Wahlverlierer in ein solches Bündnis einzutreten.

Für Tzipi Livni gibt es im Falle eines Sieges weniger Spielraum als für Netanyahu. Eine Mitte-Links Regierung unter ihrer Führung ist nicht wahrscheinlich, da die Arbeitspartei und Meretz die dafür nötigen Stimmen kaum erreichen werden. Zu diesem Lager zählen auch die arabischen Parteien, die aber noch nie an einer Regierung beteiligt waren. Eher möglich wäre deshalb eine von ihr geführte Mitte-Rechts Regierung im Bündnis mit dem Likud und einer weiteren Partei. Eine solche Koalition würde ihr aber nur einen begrenzten Spielraum bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele geben, da der Likud nur sehr begrenzt zu Konzessionen gegenüber den Palästinensern bereit ist.

Der jetzt beginnende Wahlkampf wird zweifellos zu einer großen Herausforderung für Tzipi Livni werden. Dabei muss sie nicht nur gegen die erfahrenen ehemaligen Ministerpräsidenten Netanyahu und Barak antreten, sondern sich auch gegen ihren innerparteilichen Konkurrenten, den sicherheitspolitischen Hardliner Shaul Mofaz durchsetzen, der über eine breite Machtbasis in Kadima verfügt. Im kadima-internen Wahlkampf setzte sie auf eine Anti-Korruptions-Kampagne und präsentierte sich als „saubere“ Politikerin. Die Tatsache, dass sie anders als viele ihre Kollegen in keinerlei Skandale verwickelt war und als unbestechlich gilt, brachte ihr große Sympathien in der Öffentlichkeit und das Vertrauen der Bürger ein,

die in ihr einen neuen Politikertyp sehen. Dies ist zweifellos ihr größtes politisches Kapital. Dass dies allein aber nicht ausreicht, zeigte ihr Scheitern bei dem Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Sie muss jetzt beweisen, dass sie nicht nur eine andere Art von Politik verkörpert, sondern dass sie mit dieser Politik auch erfolgreich sein kann, dass sie die Fähigkeiten und das Wissen besitzt, eine Regierung erfolgreich zu führen.

Der große Verlierer der Wahl könnte Ehud Barak werden. Wenn er und die von ihm geführte Partei tatsächlich nur 8 Sitze erringen sollten, wäre das ein herber Schlag für die israelische Linke und ein enormer politischer Bedeutungsverlust für die Arbeitspartei. Es hat den Anschein, dass die Partei durch die ständige Regierungsbeteiligung der vergangenen Jahre inhaltlich und personell verschlissen ist. Eine erneute Regierungsbeteiligung, dann als Juniorpartner von Kadima oder dem Likud könnte die Arbeitspartei noch weiter nach unten führen. Es wird sich also nach den Wahlen die Frage stellen, welches der richtige Ort für eine personelle und inhaltliche Erneuerung und die Zurückgewinnung politischer Stärke ist: die harten Bänke der Opposition oder weich gepolsterte Ministersessel. Der Likud beweist derzeit eindrucksvoll, dass es in einem relativ kurzen Zeitraum möglich ist, die Oppositionsrolle erfolgreich für eine Neuausrichtung und Stärkung der Partei zu nutzen.

Ehud Barak hat bereits angekündigt, soziale und wirtschaftliche Fragen in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes zu stellen. Es wirkt aber wenig glaubwürdig, wenn er mit Bezug auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise vom „Schweinekapitalismus“ spricht, während die israelische Öffentlichkeit weiß, dass er während seines Rückzugs aus der Politik als Geschäftsmann in nur wenigen Jahren Millionen verdient hat. Dass die Betonung sozialer und wirtschaftlicher Fragen dennoch die richtige Strategie ist, hat Amir Peretz bei den Wahlen 2003 bewiesen. Mit einem Wahlkampf, der sozialdemokratische Themen wie soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Armut und für Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellte, war es

ihm gelungen, die Arbeitspartei aus der Defensive zu führen.

Eine ganz neue Entwicklung und deutlicher Ausdruck der Krise der Arbeitspartei ist das mögliche Entstehen einer neuen linken Partei bzw. Bewegung. Am 14. November kündigten 30 linke Intellektuelle und Politiker – unter ihnen der bekannte Autor Amos Oz und der ehemalige Generalsekretär der Arbeitspartei und Parlamentspräsident Avram Burg – in Tel Aviv die Gründung eines linken Wahlbündnisses jenseits von der Arbeitspartei an. Gemeinsam mit Meretz und anderen linken Gruppierungen wollen sie zu den Wahlen eine linke Liste bilden. Haim Oron, Vorsitzender von Meretz, unterstützt diese Initiative und lädt Abgeordnete der Arbeitspartei ein, sich anzuschließen. Die zentralen Zielstellungen der neuen Bewegung sollen das Voranbringen des Friedensprozesses mit den Palästinensern und die Stärkung sozialdemokratischer Werte und Ideen sein. Der Arbeitspartei attestieren sie, ihre historische Rolle erfüllt zu haben und werfen ihr vor, inzwischen jeder Regierung beizutreten, nur um an der Macht zu bleiben. Am 5.12. soll die neue Partei, für die es noch keinen Namen gibt, gegründet und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Perspektiven für den Friedensprozess

Im Annapolis-Prozess herrscht trotz kontinuierlicher bilateraler Kontakte zwischen Israel und Palästinensern Stillstand, denn die im Anschluss an die Konferenz zwischen beiden Seiten intensivierten Gespräche haben keine Fortschritte gebracht. Es ist nicht gelungen, die Grenzen festzulegen, die Flüchtlingsfrage wartet genauso wie der zukünftige Status Jerusalems weiterhin auf eine Lösung. Auf der israelischen Seite liegt die Ursache dafür im mangelnden politischen Willen und der unzureichenden Durchsetzungskraft der Regierung Olmert. Die in Annapolis gemachten Zusicherungen zur Umsetzung der ersten Etappe der Roadmap – Abbau von Checkpoints, Baustopp in den Siedlungen, Beseitigung von Außenposten – wurden nicht eingehalten. Im Gegenteil, der Ausbau von Siedlungen wurde sogar fortgesetzt. Auf der palästinensischen Seite ist das

Hauptproblem die tiefe Spaltung zwischen Fatah und Hamas. Während die Fatah weiterhin politisch geschwächt ist, nicht die Kraft findet, sich zu reformieren und eine breite Unterstützung der Bevölkerung zu erlangen – ein wesentlicher Grund hierfür sind auch die ausbleibenden Ergebnisse in den Verhandlungen mit Israel – regiert die immer stärker werdende Hamas den Gazastreifen wenn nötig mit rücksichtsloser Gewalt. Wäre infolge von Annapolis tatsächlich ein Abkommen zustande gekommen, hätten die palästinensische Autonomiebehörde und die sie dominierende Fatah kaum die politische Macht gehabt, dieses umzusetzen.

Verstärkt wird die gegenwärtige Situation des Stillstands auf der israelischen Seite durch die schon mehrere Monate andauernde Handlungsunfähigkeit der Regierung Olmert sowie die bevorstehenden Knesset-Wahlen und auf der palästinensischen Seite durch die Tatsache, dass die Amtszeit von Präsident Abbas am 09. Januar 2009 ablaufen wird. Seine Regierung wird nach diesem Datum nicht mehr legitimiert sein, und es ist derzeit völlig offen, wie es danach innerhalb der PLO und besonders im Machtkampf zwischen Fatah und Hamas weitergehen wird.

Eine positive Entwicklung deutet sich dagegen in den Beziehungen zu Syrien an. Präsident Assad ist darum bemüht, die internationale Isolation seines Landes zu überwinden und die Beziehungen zum Westen zu verbessern. Während des Gipfels zur Gründung der Union für das Mittelmeer im Juli 2008 in Paris sowie im Rahmen eines Treffens mit dem französischen Präsidenten, dem Ministerpräsidenten der Türkei und dem Emir von Katar im September in Damaskus erklärte er die Bereitschaft seines Landes, in Friedensverhandlungen mit Israel einzutreten. Seit dem Frühjahr 2008 hat es – von der Türkei vermittelt – vier Runden indirekter Verhandlungen zwischen beiden Ländern gegeben.

Völlig neue Perspektiven eröffnen sich möglicherweise mit der Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten. Gewiss wird der Nahostkonflikt auf seiner politischen Agen-

da nicht an oberster Stelle stehen. Zuerst wird er sich der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise widmen, dann kommen der Irak, Afghanistan und der Iran. Aber wenn er seine im Wahlkampf gemachten Ankündigungen tatsächlich umsetzt, könnten sich die Rahmenbedingungen für den Friedensprozess grundlegend verändern. Direkte Gespräche mit dem Iran und vielleicht auch mit Syrien würden dem Friedensprozess wichtige Impulse geben. Sollte er außerdem, wie aus seinem Beraterumfeld vor kurzem verlautete, die Friedensinitiative der Arabischen Liga unterstützen, könnte dies unmittelbare Wirkungen auf den israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess haben. Mit Obama verbinden sich große Hoffnungen im Friedensprozess, aber auch er braucht als Partner eine israelische Regierung, die bereit ist, neue Wege zu gehen.

Welches sind nun die Positionen der Parteien zum Friedensprozess? Wird die kommende Regierung in der Lage und gewillt sein, substantielle Fortschritte im Dialog mit den Palästinensern und mit Syrien zu erreichen? Wie wird sie auf die sich abzeichnenden Initiativen der neuen amerikanischen Regierung reagieren?

Benjamin Netanyahu hat seine Rede zur Eröffnung der Winterperiode der Knesset am 27. Oktober genutzt, um die Grundzüge seines politischen Programms darzulegen und hat damit den Wahlkampf praktisch eröffnet. Zum Friedensprozess sagte er, dass es mit ihm keine Verhandlungen über eine Teilung Jerusalems geben werde und dass er die Friedensgespräche in ihrer bisherigen Form nicht weiterführen wolle. In Bezug auf das Jordantal, die Judäische Wüste und die Golanhöhen führte er aus, dass sie weiterhin als „östliche Sicherheitszone Israels dienen“ müssten. Was auch immer er damit im Detail meint, an die Adresse Syriens hat er zumindest nicht gesagt, dass die Golanhöhen unter israelischer Kontrolle bleiben sollen. Den Palästinensern hat er anstelle eines Rückzugs aus den besetzten Gebieten einen „wirtschaftlichen Frieden“ angeboten, d. h., die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll vorangebracht werden, um so ein stabiles Fundament für einen politischen Frieden zu schaffen. Später könne man dann sehen,

ob ein umfassendes Friedensabkommen möglich sei.

Es wäre gewiss verfehlt, Netanyahu und dem Likud Friedensbereitschaft grundsätzlich abzusprechen. Auch sie wollen Frieden, allerdings zu Bedingungen, die für die Palästinenser unannehmbar sind. So waren es Likud-Regierungen, die zu entscheidenden Schritten bereit waren: Menachem Begin schloss den historischen Frieden mit Ägypten und Ariel Scharon setzte Israels Rückzug aus dem Gaza-Streifen durch.

Auch ist kaum anzunehmen, dass Netanyahu öffentlich gegen Obama und eine neue US-Politik gegenüber dem Iran oder Syrien auftreten wird. Es ist deshalb eher unwahrscheinlich, dass das Verhältnis zum Iran und ein möglicher Militärschlag gegen dessen Nuklearanlagen – in den vergangenen Monaten das dominierende sicherheitspolitische Thema in Israel – zum Gegenstand des Wahlkampfes wird.

Tzipi Livni hat mit der Absage an Shas, Jerusalem als Gegenstand von Friedensgesprächen auszuschließen, bereits deutlich gemacht, dass sie grundsätzlich bereit ist, Kompromisse zu schließen. Allerdings nicht in allen Bereichen. Ein Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge nach Israel lehnt auch sie kategorisch ab. In den von ihr geführten Verhandlungen mit den Palästinensern nach der Konferenz in Annapolis - mit Ex-Ministerpräsident Ahmed Qureia als Gegenüber - hat sie das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung verfolgt: Mit Israel als jüdischem und demokratischem Staat und einem Palästinenserstaat als Heimat für die Palästinenser sowie für Vertriebene und Flüchtlinge. Früher lehnte sie die Formel „Land für Frieden“ ab, heute weiß sie, dass es ohne Konzessionen keinen Frieden geben kann. Sie sagte hierzu vor kurzem in New York anlässlich einer vom saudischen König Abdullah einberufenen Konferenz: „Die einzige Möglichkeit für Israel als demokratischer und jüdischer Staat in Frieden und Sicherheit zu existieren besteht darin, von den Palästinensern im Austausch gegen Land für ihren Staat einen Verzicht auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge zu bekommen“. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob es Tzipi Livni gelingt, auch den Mofaz-Flügel ihrer Partei von ihren sicher-

heitspolitischen Vorstellungen zu überzeugen, denn der Ex-General Shaul Mofaz hat bereits angedeutet, dass seine Vorstellungen von Friedensverhandlungen eher zu denen von Netanyahu als zu denen seiner eigenen Parteivorsitzenden passen.

Ehud Barak hat in den vergangenen Tagen mit Blick auf den Wahlkampf überraschende Aussagen zur zukünftigen Richtung des Friedensprozesses gemacht. Während die 2002 beschlossene und 2007 erneuerte Friedensinitiative der Arabischen Liga bisher weder von ihm noch von anderen israelischen Spitzenpolitikern als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wurde, sieht er darin nun den Rahmen für zukünftige Friedensgespräche. Unterstützt wird er in dieser strategischen Wende von Staatspräsident Shimon Peres, der 2005 die Arbeitspartei verlassen hatte, um Kadima beizutreten. Der Kern der arabischen Friedensinitiative besteht darin, dass die 22 Mitgliedsländer der Arabischen Liga Israel gegen den Rückzug von den 1967 eroberten palästinensischen Gebieten Frieden und diplomatische Anerkennung anbieten. Weitere zentrale Punkte des Plans sind die Schaffung eines palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und eine gerechte Lösung für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge. Baraks bemerkenswerte Wende hat ihren Grund

nicht zuletzt in der Einschätzung, dass mit Mahmud Abbas und der PLO auf absehbare Zeit ein stabiler Frieden nicht durchsetzbar ist. Stattdessen soll die Verfolgung des breiter angelegten arabischen Friedensplans nun dazu führen, dass es Syrien und den Palästinensern leichter gemacht wird, sich mit Israel zu einigen.

Es ist fraglich, ob es Barak mit diesem Schritt gelingen wird, sein Profil und das der Arbeitspartei maßgebend zu schärfen und die frühere Vorreiterrolle im Friedensprozess zurück zu gewinnen. Zu sehr ähneln sich die Positionen von Kadima und der Arbeitspartei, zu sehr werden inzwischen Tzipi Livni und Kadima und nicht die Arbeitspartei mit dem Friedensprozess identifiziert, nicht zuletzt wegen des 2005 von Sharon erfolgreich durchgesetzten Rückzugs aus Gaza. Dazu kommt, dass Barak besonders im Friedenslager stark an Glaubwürdigkeit verloren hat. Nur wenige Tage nach seiner Rede anlässlich des 13. Jahrestages der Ermordung Yitzhak Rabins, in der er sich zum Friedensprozess bekannte und energische Maßnahmen gegen radikale Siedler forderte, machte die Tageszeitung Haaretz bekannt, dass Barak in seiner Funktion als Verteidigungsminister seit April diesen Jahres Dutzende von Bauprojekten in den Siedlungen genehmigt hat.

27.11.2008

Ansprechpartnerin: Annette Lohmann, Tel: 030 – 26 935-7423, E-Mail: Annette.Lohmann@fes.de
Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Sie finden den Hintergrundbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der Region auf <http://www.fes.de/nahost>.